

Leserbrief zum Artikel
„Kein ja, aber auch kein nein zum regionalen Raumordnungsplan“
in der LDZ vom 28.2.2013

So darf es nicht kommen! Der Kreistag des Landkreises Hildesheim – vertreten durch den Bau- und Umweltausschuss – darf nicht zulassen, dass demnächst Windparks der neuen Generation (bis 200 m Höhe) bis auf 750 m an Ortschaften heran gebaut werden.

Dieses sieht die Beschlussvorlage des neuen Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) nämlich für unseren Landkreis vor.

Während selbst das Land Niedersachsen 1000 m Mindestabstand für die derzeitigen viel niedrigeren Windkraftanlagen mit ihren nur 80 m Nabenhöhen empfiehlt, haben sich die Verantwortlichen des neuen RROP auf nur 750 m Mindestabstand für die neuen ca. 200 m hohen Anlagen ausgesprochen. Kein Mensch kann sich hier diese Dimensionen vorstellen – geschweige denn die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und unsere Gesundheit.

Selbst 1000 m Abstand zu Wohngebäuden wären bei diesen Abmessungen noch zu wenig.

Nun liegt es bei den Ausschussmitgliedern des Kreistages, diese Vorlage zu korrigieren. Zum Glück haben alle anwesenden Mitglieder des beratenden Ausschusses diese Chance in ihrer Sitzung am 25. Februar erkannt und deshalb einstimmig dafür votiert, die Sachlage zu überdenken und erst am 4. April darüber abzustimmen.

Wir hoffen auf ein eindeutiges Signal.

Es dürfte jedermann klar sein, dass zu geringe Abstände von gigantischen Windkraftanlagen zu Wohn- und Lebensräumen, wie sie beispielsweise bei Heinum geplant sind, den immer wieder prognostizierten Bevölkerungsrückgang in der Samtgemeinde Gronau erheblich beschleunigen würden.

Denn nur unsere besondere Landschaft ist es, weswegen wir und unsere Kinder und Enkelkinder hier noch verwurzelt sind.

Warum sollte man aber neben einem monströsen Industriepark wohnen wollen?

Übrigens: Die Mitglieder und Unterstützer der Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“ sind nicht – wie in der Bildunterschrift dargestellt – „Windparkgegner“, sondern allesamt Befürworter dieser Zukunftstechnologie.

Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“

Kein „Ja“, aber auch kein „Nein“

Ausschussthema „regionaler Raumordnungsplan“: Betroffene und Windparkgegner äußern Bedenken

KREIS ■ Im Zuge der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kreisentwicklung, Bau und Umwelt wurde die Neuaufstellung des regionalen Raumordnungsplans rege diskutiert. Einig waren sich die Fraktionen darüber, die Abstimmung über die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens bis zur nächsten Sitzung am 4. April zu verschieben.

Überraschend groß war auch das Interesse an der Bürgerfragestunde, bei der etwa 20 Besucher in den hinteren Reihen des kleinen Sitzungssaals Platz nahmen. Ihr Hauptinteresse galt den im neuen Raumordnungsplan ausgewiesenen Vorranggebieten für Windkraftanlagen. Zu Wort meldete sich dazu auch Peter Tschöpel aus Heinum. Er gehört der vierköpfigen Arbeitsgruppe „Kein Windpark in Heinum“ an, die sich im Juli 2012 gegründet hat. Er stellte die an den Umweltamtsleiter Helfried Basse gerichtete Frage, ob bereits Informationen oder gar Anträge für einen Windpark zwischen Eberholzen und Sibbesse beim Landkreis eingegangen sind. Basse verneinte Tschöpels Vermutung und sagte: „Es liegt kein Antrag vor und es ist uns nicht bekannt.“ Eine weitere Wortmeldung kam von Peter Münter, der für die Region um Bad Salzdetfurth sprach. „Den Menschen in Bad Salzdetfurth wird über die Jahre viel zugemutet, warum wurde der Ort jetzt für Windkraftanlagen vorgesehen?“, fragte er. Zusammenfassend lautete die Antwort der Verwaltung, dass es sich um die Ausweisung von Vorranggebieten handelt. Mit der Eröffnung des Betei-



Heftige Diskussionen über den neuen Raumordnungsplan: Die Abstimmung über das Beteiligungsverfahren wird verschoben. Auch die Windparkgegner aus Heinum sind in Hildesheim dabei: Peter Tschöpel und Christa Gusella (v.l.) fragen bei der Bürgersprechstunde nach: „Ist ein Windpark zwischen Sibbesse und Eberholzen geplant?“ Die Verwaltung sagt: „Nein.“ ■ Fotos: Kolbe-Bode



iligungsverfahrens werden die Interessen und Bedenken der Menschen angehört, wenn sie entsprechende Anträge stellen oder Stellungnahmen einreichen. Die hauptsächlichen Bedenken der anwesenden Bürger und Fraktionsvorsitzenden bezogen sich auf die Größe und den Abstand der Windkraftanlagen zu Siedlungen. Als neue Entfernungen zwischen Wohngebieten und Anlagen müssen 750 Meter eingehalten werden, die jedoch je nach Nabenhöhe der

Anlagen noch vergrößert werden sollten. Eine generelle Ablehnung der Windenergie war in den Wortmeldungen nicht zu verzeichnen. In der anschließenden Fraktionsrunde stellte Jürgen Flory, Leiter der Stabstelle für Kreisentwicklung, den knapp 140 Seiten starken Entwurf vor. Bei der Fülle an Informationen und um mit einer Zustimmung der Eröffnung des Beteiligungsverfahrens keine falschen Signal zu setzen, einigten sich die Frakti-

onsvorsitzenden darauf, die Unterlagen genau zu studieren. „Man bräuchte einen einwöchigen Fachausschuss, um das Ganze zu erfassen“, erklärte Reimund Kaune (CDU). Ekkehard Domning (Grüne) betonte, dass er sich „außerstande sieht, zu diesem Plan jetzt Ja oder Nein sagen zu können“. Dr. Cornelia Ott (SPD) meldete Bedenken an, dass das Beteiligungsverfahren in der jetzigen Fassung ausgehebelt werden könne und plädierte ebenfalls dafür, die

Abstimmung darüber zu verschieben. Zudem berichtete sie über einige enthaltenen Punkte, über die im Vorfeld nicht gesprochen wurde. Ansgar Lehne (CDU) regte die Verwaltung an, ihren Plan ebenfalls zu überprüfen. Einstimmig wurde beschlossen, über die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens bei der nächsten Ausschusssitzung zu entscheiden. Bis dahin wollen alle Beteiligten die Pläne unter die Lupe genommen haben. ■ ckb